

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

№ 71.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

32. Jahrgang.

Sonntag, den 27. März.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1881.

Einladung zum Abonnement.

Indem wir das geehrte Publikum Freibergs sowie der näheren und weiteren Umgebung zum Abonnement auf den

„Freiberger Anzeiger und Tageblatt“

pro zweites Quartal 1881 höflichst einzuladen uns erlauben, bitten wir, besonders die auswärtigen Abonnenten, die Bestellungen auf das Blatt rechtzeitig machen zu wollen, damit eine Unterbrechung resp. verspätete Lieferung vermieden wird. — Nach wie vor werden wir bemüht sein, den Inhalt unserer Zeitung möglichst mannigfaltig, gebiegen und interessant zu gestalten. Außer der Besprechung wichtiger Fragen in Leitartikeln finden die politischen Ereignisse des In- und Auslandes in gebräugter Kürze und Uebersichtlichkeit die ihnen gebührende Erwähnung. Bei wichtigeren Vorkommnissen geben wir sofort Kunde durch telegraphische Depeschen. Ebenso werden in Telegrammen vom Meteorologischen Institut zu Leipzig die Witterungsaussichten für den folgenden Tag bekannt gemacht, was namentlich für unsere Landbevölkerung von besonderer Wichtigkeit sein dürfte. — Unsere lokalen Nachrichten beschränken sich nicht nur auf die täglichen Vorkommnisse, sondern beschäftigen sich auch mit städtischen Fragen und mit den vielen in unserer Stadt bestehenden Vereinen. Bei den Nachrichten aus dem Königreich Sachsen sollen hauptsächlich die Ortshafter des Landgerichts- und amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Freiberg, sowie insbesondere die des Erzgebirges Berücksichtigung finden. Regelmäßig erscheinen auch die Gerichtsverhandlungen beim Landgericht Freiberg, sowie bei den Amtsgerichten in Brand und Sayda.

Das Feuilleton bringt nur gebiegene Novitäten; der **Sonntagsbeilage** wird auch ferner die **Obst- und Gartenbau-Zeitung** beigegeben; ebenso werden die **Preisräthsel** fortgesetzt.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 2 Mk. 25 Pf. Bestellungen nehmen sämtliche kaiserliche Postanstalten, sowie die Expedition und die bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrücke und Langhennerdsdorf entgegen. Inserate finden in dem „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ die weiteste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Expedition des Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Die Woche.

Wir leben zwar in der Fastenzeit, aber in der politischen Welt, die ja allerdings mit der Kirche nicht überall im Einklang sich befindet, ist wenig davon zu verspüren. Selten haben die Politiker so viel hinunterzuschlucken gehabt, wie jetzt. Wir Deutschen erfreuen uns eines besonders reich besetzten Tisches; freilich ist's oft wenig nach unserem Geschmack und Manches liegt dabei recht schwer im Magen. So z. B. der Verfassungs-Konflikt zwischen Regierung und Reichstag wegen der Kosten für den Hollanschluß Altona's an's deutsche Reich. Die Sache ist folgende: Mit der Einverleibung Altona's in den Zollverein sind natürlich Kosten verbunden. Wer bewilligt diese Kosten? Alle Welt meint: natürlich der Reichstag im Budget. „Alle Welt irrt sich“ — antwortet darauf das Sprachrohr des Fürsten Bismarck, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Der Zollverein, meint dieselbe, hat sie zu bewilligen und den Reichstag geht die Sache gar nichts an. Aber der Zollverein besteht ja nicht mehr; die deutsche Reichsverfassung, Reichstag und Bundesrath sind doch an seine Stelle getreten. Nein, sagt das erwähnte Organ, der Zollverein besteht noch! Die Budgetkommission des Reichstags war allerdings anderer Meinung und beschloß mit 15 gegen 9 Stimmen, dem Reichstage eine Resolution vorzulegen, wonach dieser die Kosten zu bewilligen habe. Am letzten Donnerstag kam die Angelegenheit zur Entscheidung. Der Referent der Budgetkommission v. Benda wie insbesondere auch Abg. Delbrück wiesen überzeugend nach, daß das Geldbewilligungsrecht des Reichstages für sachliche und persönliche Ausgaben in Zollangelegenheiten außer allem Zweifel stehe. Gegenüber dem klaren Wortlaut der Verfassung sei die Fiktion, neben dem Reiche besteshe der Zollverein noch fort, unhaltbar. Trotz der gegentheiligen Behauptung von Seiten der Regierungsbank, daß der alte Zollverein noch zu Recht bestehe, trat der Reichstag doch mit 183 gegen 45 Stimmen der Budgetkommission bei und erklärte den früheren Zollverein für absolut todt, um sein Geldbewilligungsrecht sich nicht schmälern zu lassen. Die Anschauungen der Regierung und des Reichstages stehen sich also diametral gegenüber; es handelt sich wie im Konflikt der sechsziger Jahre wieder um das Budgetrecht und noch dazu in einer weit unbedeutenderen Angelegenheit als damals. Wir meinen doch, die Reichsregierung sollte wieder und wieder erwägen, ob es gerathen sei, wegen einer solchen Sache einen Konflikt herauf zu rufen, noch dazu mit dem deutschen Reiche, der eine weit größere Bedeutung hat als der damalige Konflikt mit Preußen. — Damit ist aber die Liste der harten Wisse noch nicht erschöpft: die Wehrsteuer, die Brausteuer, das immer mehr auf Krisen hindrängende Verhältniß des Reichskanzlers zu den liberalen Parteien sind Dinge, die Vielen nicht

recht munden wollen. Und was das Schlimmste ist: Niemand weiß, was der Nachtsch — die Reichstagswahl — bringen wird. Eine schmachtige Fastenspeise ist dagegen für die Merikalen die Wiederbesetzung der Bischofsstühle in Paderborn und Osnabrück; nur meinen sie, das mache sie noch nicht satt. Herr v. Buttamer wird wohl so freundlich sein, auch für Stillung des weiteren Hungers Sorge zu tragen.

Nach österreichischen Meldungen soll es mit dem Ministerium Taaffe wacklig stehen, indessen ist die Sache wohl nicht sehr ernst zu nehmen. Wie oft wurde schon eine Krisis angekündigt und immer zertheilt sich wieder die sturmbrohenden Wolken. Diesmal ist die Sache folgende: Wenn auch der wohlgenährte Vater Greuter mehr als einmal erklärte, seine Tiroler wollten eher jede materielle Einbuße erleiden, als mit einer Partei Hand in Hand gehen, die durch ihre Schul- und konfessionelle Gesetgebung das Seelenheil der Bevölkerung gefährde, so hat man doch bei der Debatte über die Gebäudesteuer gesehen, daß diese glaubenseinheitlichen Leute auch die irdischen Dinge ganz gut zu schätzen und ihren geistlichen Anstalten recht ansehnliche Summen zu erhalten wußten. Nun verlangen sie aber auch bei der Grundsteuerdebatte ungenirt eine Herabsetzung der Tirol und den anderen drei Alpenländern zugebachten Mehrbelastung auf die Hälfte. Da aber erklärt der Regierungskommissar Dunajewski: „ich kann nicht mehr“ und wendet sich zum Grafen Taaffe mit der Bitte: „geh Du voran, Du hast die großen Stiefeln an!“ Polen und Czechen weigern sich einmüthig, der Forderung der Merikalen Gehör zu geben — aber die Deutschböhmern müssen und werden den Ausfall an Stimmen decken, der auf der Rechten entstehen würde, selbst wenn der Klub Hohenwart diesmal fest bei seinem Entschlusse bliebe. Sicher ist das Letztere immer noch lange nicht, denn, bricht die Rechtspartei mit dem Kabinet, so ist der Antrag Lienbacher im Herrenhause vollends beseitigt und von weiterem Verschleife“ auf Kosten der Schul- und konfessionellen Gesetze nicht mehr die Rede. Das aber ist und bleibt die Hauptsache für die Greuter, Lienbacher, Hohenwart und Genossen.

Die in Frankreich drohende Ministerkrisis ist dadurch beseitigt worden, daß die Minister beschloffen, die Frage wegen Einführung des Listenstrutiniums an Stelle der bisherigen Einzelwahlen zu keiner Kabinettsfrage zu machen, sondern neutral zu bleiben. Wir legen auf diesen vermittelnden Ausweg wenig oder gar keinen Werth. Wenn das Kabinet in einer so ernsten Frage sich „neutral“ erklärt, so ist das doch offenbar nichts als eine Vertagung des Konflikts, die nur von kürzester Dauer sein kann. Ist diese Neutralität nicht schon eine Ankündigung der Diktatur Gambetta's? Nachdem dessen Besuch bei Grey nicht zu einer Verständigung geführt, blieb dem Ministerium

nichts übrig als Neutralität, um der Krisis auszuweichen! Wer regiert denn da, Gambetta oder Grey? Will man doch sogar wissen, Gambetta drohe das Präsidium der Deputirtenkammer niederzulegen, falls die Kammer bei der bisherigen Einzelabstimmung verharre! Ein Präsident aber, der das willenlose Mundstück der Kammer zur Verkündung ihres Willens sein soll — was ist er, sobald er ihr seinen Willen aufzwingen will, wenn nicht ein Diktator hinter den Kulissen? Bei alledem kann man Gambetta eine bestimmte Konsequenz seiner Handlungsweise nicht absprechen. Als Grey und Freycinet in ihren Reden zu Dijon und Montauban die Herausforderung Gambetta's in Cherbourg desavouirten, mußte das Kabinet Freycinet über die Klinge springen. Aber bei Leibe nicht der Cherbourger Toaste wegen, sondern weil Freycinet bei Ausführung der Märzdekrete nicht schneidig genug war. Nun soll dessen Nachfolger, der greise Barthélemy Saint-Hilaire, der denkbar schroffste Gegenpart zum Cherbourger Programm, ebenfalls befestigt werden; aber wiederum nicht einer auswärtigen Frage wegen, sondern für ihn ist das Listenstrutinium als Stein des Anstoßes erwähnt, wie seiner Zeit für Freycinet die Märzdekrete. Und was bleibt Grey übrig? Entweder die Abdankung, oder er muß Gambetta regieren lassen, der keine anderen Minister im Amte duldet, als ihm unbedingt ergebene Creaturen. Das Ansehen Grey's und der Regierung muß selbstverständlich unter solchen Umständen leiden; es macht einen kläglichen Eindruck, wenn die Spitzen der Regierung in einer so wichtigen Angelegenheit keine selbständige Meinung zu äußern wagen. Eine andere Frage ist freilich noch, ob Gambetta die Majorität der Kammer für seine Ansicht gewinnen kann. Die Kommission hat sich gegen ihn ausgesprochen, indem sie beschloß, die Arrondissementswahlen beizubehalten.

Allem Anscheine nach sind die Engländer auf dem besten Wege, den Aufstand der Boern in Südafrika zum friedlichen Austrag zu bringen, wobei die Besiegten kaum zu kurz kommen dürften. Es scheint ganz, als ob die guten Boern sich besser auf das Schießen wie auf die diplomatischen Verhandlungen verstehen und ob John Bull sich eben daran mache, sie zu überorthen. Die Friedensbedingungen sollen nämlich folgende sein: 1) Die Souveränität der Königin über Transvaalland wird anerkannt; 2) den Boern wird ein vollständiges Selbstgovernment zugesagt; 3) es wird eine Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten vorbehalten; 4) in die künftige Hauptstadt des Transvaallandes wird ein englischer Resident gesandt; 5) die königl. Kommission besteht aus den Generalen Robinson und Wood und dem Oberrichter des Kaplandes, Billiers; 6) die Kommission erwägt die Bedingungen zum Schutze der Interessen der Eingeborenen und die Arrangements in Betreff der Grenz-Angelegenheiten; 7) die Kommission zieht ferner in Erwägung, ob